

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

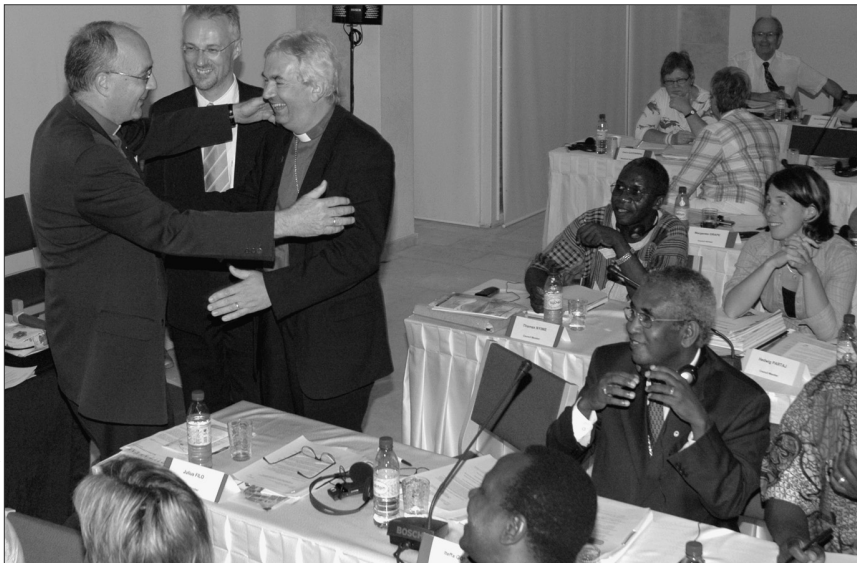


Photo: © LWB/D.-M. Grätzsch

Die Entscheidung des Lutherischen Weltbundes über die Austragung seiner Vollversammlung 2010 in Stuttgart öffnet Chancen zu breiterer ökumenischer Zusammenarbeit. Generallbischof Dr. Julius Filo (re.) gratuliert hier Oberkirchenrat Heiner Küenzlen (li.), in der Mitte LWB-Schatzmeister Peter Stoll, während der Exekutivausschusssitzung in Bethlehem.

Mehr ökumenische Kooperation: Stuttgart 2010

Das Jahr 2010 bietet der ökumenischen Zusammenarbeit außerordentlich Chancen: in diesem Jahr endet die Dekade zur Überwindung von Gewalt, eine ökumenische Friedenskonvokation mit einer gemeinsamen Friedensdenkschrift wurde dazu vom Weltrat der Kirchen in Aussicht gestellt, die Weltmissionskonferenz feiert ihr 100jähriges Bestehen und kann das Spezifikum Gewaltfreiheit herausarbeiten, in München ist ein ökumenischer Kirchentag geplant, zu dem möglicherweise Papst Benedikt erwartet werden kann, der lutherische Weltbund hat seine Vollversammlung nach Stuttgart einberufen, der Reformierte Weltbund würde gerne seine Vollversammlung damit verknüpfen. Lutherische Kirchenführer haben nun ihrer Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die für das Jahr 2010 in Stuttgart geplante Weltversammlung des Lutherische Weltbundes dazu beitragen könne, die Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Kirchen der Reformation zu stärken, insbesondere zu den Anglikanern, den Methodisten und den reformierten Kirchen. Dazu schlugen sie vor, dass die Leitungsgremien der anderen Kirchen parallel zur LWB-Tagung in Stuttgart zusam-

men treffen sollten. Udo Hahn, Sprecher des Lutherischen Nationalkomitees in Deutschland, erhofft sich aus dem Dialog der Kirchen der Reformation in Stuttgart 2010 einen ersten Schritt in Richtung auf den vom Generalsekretär der OeRK vorgeschlagen gemeinsamen Treffens der großen weltweiten Kirchenbünde.

Welthandel: OeRK für gerechte Entwicklung

Der Weltkirchenrat will einen neuen Welthandel, der hilft, die Armut zu bekämpfen, so Pfr. Samuel Kobia, der Generalsekretär des OeRK. Beim einem Besuch des Generaldirektors der Welthandelsorganisation (WTO), Pascal Lamy, beim OeRK Ende Juni 2006 in Genf, wies Kobia darauf hin, dass der Welthandel stabile Gemeinwesen und ökonomische Gerechtigkeit fördern müsse. Augenscheinlich sei dies aber zur Zeit nicht in Sicht, so Kobia.

Pfr. Richard Fee, Generalsekretär der Presbyterianischen Kirche Kanadas, überreichte bei dem Besuch eine Petition tausender Christen und Christinnen und hunderter von Kirchenleitenden an die WTO, in der dazu aufgerufen wird, eine Handelspolitik zu betreiben, die die Rechte aller Menschen, be-

AUS DEM INHALT

Massenvernichtungswaffen: Blix sucht Unterstützung der Kirchen

Organisationsmigration: Vom Gelde vertrieben

UN-Menschenrechtsrat: Neue Hoffnungen

Dekade zur Überwindung von Gewalt: Fokus 2007

Schweden: Diskriminierung nicht akzeptabel

Kanada: Ordensleute für Offenheit

Südafrika: Tutu in Gold – EKD-Beziehungen in Untersuchungsbericht

Oekumenischer Darlehensfonds: Positive Entwicklung ECLOF

Aus Netzen und Bewegungen

Bremen: Millenniums-Entwicklungsziele auf dem Marktplatz

Baden und Württemberg: Auf dem Weg nach Sibiu / Hermannstadt 2007

Kairos Europa: Wie weiter nach Freising und Porto Alegre?

IKvu: Zum EKD-Impuls „Perspektiven für die Evangelische Kirche im 21. Jahrhundert“

sonders der Armen berücksichtigt. Wörtlich heißt es in der Erklärung, die von der Ecumenical Advocacy Alliance getragen wird: „Wir fordern unsere Regierung und die Regierungen der ganzen Welt auf, die Regeln der Welthandels so zu ändern, dass den Menschenrechten, dem Schutz der Umwelt und der Bekämpfung der Armut erste Priorität eingeräumt wird. Die Petition war Teil einer weltweiten Kampagne unter dem Slogan „Trade for People, Not Peace for Trade“ (etwa: Handel im Dienst der Menschen, nicht Friede für den Handel).

Lamy, der sich auch mit christlichen Lobbygruppen traf, rief dazu auf, jetzt notwendige Entscheidungen zu treffen. „Entscheidungen über Subventionskürzungen jetzt zu vertragen, ist das Rezept dafür, dass die Verhandlungen scheitern müssen,“ so Lamy. Wenn die USA und die EU nicht bereit seien, ihre Agrarsubventionen deutlich zu senken, werden die armen Nationen nichts aus diesen Verhandlungen zu erwarten haben, so viele der Nichtregierungsorganisationen. „Bedauerlicherweise“, so Pfr. Fee, „sieht es in dieser Runde der Verhandlungen überhaupt nicht danach aus, als ob für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen irgend etwas erreicht werden könnte. Insofern ist gar kein Ergebnis besser als irgendwelche Abmachungen.“ Mehr über die Arbeit der Ecumenical Advocacy Alliance lässt sich finden bei: www.e-alliance.ch.

OeRK gegen Abhängigkeit von Gentechnik: Kein Terminatorsaatgut einführen

OeRK-Generalsekretär Kobia hat die Mitgliedskirchen dringend aufgefordert, Schritte gegen sog. Terminatorsaatgut zu ergreifen. Gentechnik-Multis bringen die Terminator-Technologie, die Saatgut keimungsunfähig macht, heute als neue Züchtungen wieder ins Spiel. Terminator-Saatgut ist durch Gentechnik unfruchtbar gemachtes Saatgut. Die Entwicklung dieser Technologie löste Ende der 90er Jahre weltweite Empörung und Verbote von entsprechenden Freilandversuchen aus. Doch im Hintergrund arbeiteten US-Regierung und Gentechnik-Multis weiter daran. Die Einführung solcher Zuchtsamen, die die Bauern an der Wiederaussaat hindern würden, werden die weltweite Ungerechtigkeit weiter verschärfen, so Kobia. Nach Angaben der UN-Food and Agriculture-Organization, sind heute etwa 1,4 Milliarden Menschen davon abhängig, ihre eigene Ernte wieder zur Aussaat verwenden zu können: Ein gigantischer Markt für die Gentechnik-Multis. Einzelne Länder wie Brasilien und Indien haben bereits nationale Gesetze gegen die sog. Terminorteknologie erlassen, auch in Deutschland versuchen zahlreiche Gruppen ein nationales Verbot einschließlich eines Patentierungsverbotes durchzusetzen.



Photo: © WCC / Peter Williams
Hans Blix (links) mit Georges Lemopoulos, dem stv. Generalsekretär des OeRK

Massenvernichtungswaffen: Blix sucht Unterstützung der Kirchen

Der ehemalige Waffeninspekteur der Vereinten Nationen, Hans Blix, stellte im Juni 2006 in Genf im Rahmen einer weltweiten Reise den Bericht der „Independent Weapons of Mass Destruction Commission“ (Unabhängige Kommission zu Massenvernichtungswaffen) vor. Dabei warb er sowohl beim OeRK wie auch zuvor schon bei Papst Benedikt XVI. für die Unterstützung der 60 Vorschläge, die von der Kommission erarbeitet wurden. Unter dem Titel „Weapons of Terror“ werden auf 227 Seiten vorgestellt, wie die Welt von der Geißel nuklearer, biologischer und chemischer Waffen befreit werden könne. „Wir müssen uns wieder an die Vereinten Nationen halten“, so Blix, dies sei die zentrale Botschaft des Berichts. Die UN sei zwar kein pazifistische Organisation, aber sie auf das Prinzip aufgebaut, dass eine friedliche Lösung von Konflikten immer vorzuziehen sei. Blix warnte zugleich vor einer weiteren Militarisierung des Weltraums und wies auf die Milliarden von US-Dollars hin, die heute schon zur Vorbereitung von militärischen Auseinandersetzungen im Weltraum ausgegeben würden. Der Bericht mit 231 Seiten kann aus dem Internet als PDF heruntergeladen werden.

www.wmdcommission.org

Organisationsmigration: Vom Gelde vertrieben

Nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen verlegt die Christian Conference of Asia, ein Zusammenschluss von 14 nationalen Kirchenräten und etwa 100 Einzelkirchen, ihr Büro von Hong Kong in die zweitgrößte Stadt Thailands, Chiang Mai. Die Entscheidung wurde just zu dem Zeitpunkt bekannt gegeben, an dem die „Mercer Human Resource Consulting“ in ihrem Jahresbericht 2006 „Worldwide Cost of Living Survey“ festgestellt hatte, Hong Kong sei inzwischen die nach Moskau, Seoul und Tokio, viert teuerste Stadt der Welt. Ein verantwortlicher Einsatz der bereitstehenden Ressourcen, so der CCA-Generalsekretär Prawate Khid-arn, aber auch Überlegungen politischer Stabilität und regionaler Erreichbarkeit, hätten schließlich zu der Entscheidung für den Umzug

nach Thailand geführt. Eine Anzahl regionaler oekumenischer Organisationen, wie die Asia Alliance of the YMCA, die World Student Christian Federation (WSCF) Asia-Pacific Region und die Asian Christian Higher Education Institution, behalten ihren Sitz weiter in Hong Kong.

Nach Kürzungen im Budget hat auch die World Association for Christian Communication (WACC), ein weltweites Netzwerk christlicher Gruppen und Institutionen im Medienbereich, seinen Sitz von London nach Toronto verlegt. Der Schwerpunkt der Organisation liegt auf der Verteidigung der Kommunikationsrechte marginalisierter Gruppen und auf der Unterstützung kleiner Rundfunkformate im weltweiten Süden, wie auch in Osteuropa. Der Umzug wird jährlich etwa 300.000,- EUR Kostenersparnis erbringen, mehr als 10 Prozent des Jahreshaushaltes.

UN-Menschenrechtsrat: Neue Hoffungen

Internationale kirchliche und oekumenische Organisationen haben die Annahme einer neuen Internationalen Konvention über den Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen und einer Erklärung über die Rechte indigener Völker begrüßt. Beide wurden bei der ersten Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UN) verabschiedet, die am 30. Juni 2006 in Genf zu Ende ging.

Fünf internationale christliche Organisationen – der Oekumenische Rat der Kirchen (OeRK), der Lutherische Weltbund (LWB), Franciscans International, Dominikaner für Gerechtigkeit und Frieden sowie Pax Christi International – hatten bereits eine gemeinsame Erklärung an den UN-Rat gerichtet, in der sie diese Massnahmen forderten. In den vergangenen Jahren waren die fünf Organisationen in diesen Fragen in vorderster Linie für die Zivilgesellschaft eingetreten.

„Die Annahme dieser Konvention bestätigt einen Kurswechsel im Völkerrecht zu den Rechten der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung“, erklärte Dr. Guillermo Kerber, Menschenrechtsexperte des OeRK. „Es zeigt auch, dass der neu gebildete UN-Menschenrechtsrat in der Lage ist, entscheidende Schritte für die grundlegende Würde und die Rechte der Menschen zu unternehmen und Straflosigkeit anzuprangern, und das ist begrüßenswert.“

Die kirchlichen Organisationen merkten an, dass Nichtregierungsorganisationen ein hohes Mass an Zugang zu den Diskussionen im Zusammenhang mit der ersten Sitzung des Rates erhalten hatten, und dass sie diese Transparenz befürworteten.

„Wir hoffen, dass diese Konvention viel gegen die Straflosigkeit und für den Frieden der Familien verschwundener Personen erreichen wird“, erklärte Etienne De Jonghe, Generalsekretär von Pax Christi International.

In ihrer gemeinsamen Erklärung an den UN-Rat verpflichten sich OeRK, LWB, Franciscans International, Dominikaner für Gerechtigkeit und Frieden sowie Pax Christi International zur Zusammenarbeit mit dem neuen Menschenrechtsrat „als entscheidendes internationales Instrument zur Förderung der Gerechtigkeit und der Menschenwürde“. Die fünf Organisationen betonten, dass der Rat danach beurteilt werde, ob er „wirklich die Chancen auf ein Leben in Würde und in nachhaltiger Gemeinschaft für Menschen verbessert, die unter Diskriminierung, Mangel, Unterdrückung und Gewalt leiden“. Der Exekutivausschuss des Weltkirchenrates hofft, dass der neu geschaffene UN-Menschenrechtsrat die Fehler seines Vorgängers nicht wiederholen möge: Zweierlei Maßstäbe, en-bloc Abstimmungen und die Politisierung der Menschenrechtsgenda.

Interreligiöse US-Koalition: Gegen jede Folter

Eine Koalition aus christlichen, jüdischen und islamischen Führern in den USA hat ihre Regierung aufgefordert, jedwede Folter ohne jede Ausnahme zu unterlassen. Folter verletze die grundlegende Würde des Menschen, die alle Religionen hochhalten, hieß es in einer bezahlten Anzeige in der New York Times am 13. Juni 2006. Die Gruppe war entstanden aufgrund der Vorwürfe in der Behandlung von US-Gefangenen im Irak, in Afghanistan und in Guantanamo Bay. Offizielle Stellen der US-Regierung hielten dem immer wieder entgegen, bestimmte Verhörpraktiken müssten im Interesse der Sicherheit erlaubt sein. In der Erklärung dagegen heißt es: Jede Politik, die Folter und unmenschliche Behandlung erlaubt, ist erschreckend und nicht tolerierbar. Zu den Unterzeichnern der Erklärung gehören u.a. Jimmy Carter, der griechisch-orthodoxe Erzbischof Demetrios, Theodore Kardinal McCarrick, von Washington, Pfr. Ted Haggard, Präsident der National Association of Evangelicals, Pfr. Robert Edgar, Generalsekretär der Nationalen Kirchenrates der USA und Sayid Syeed, Direktor der Islamic Society of North America.

Moskauer Weltreligionsgipfel: Religionen demonstrieren Einigkeit

Der erste „Gipfel der Weltreligionen“ hat in vom 3. bis 5. Juli in Moskau stattgefunden. Rund 200 Repräsentanten der Religionen forderten eine gerechtere Welt und verabschiedeten eine Erklärung für das Gipfeltreffen der G-8.

In seiner Abschlusserklärung hat der Moskauer Weltreligionsgipfel jede Form von Gewalt und Terrorismus verurteilt. „Der Missbrauch von Religion zur Anstiftung von

Hass oder als Begründung für Verbrechen gegen Individuen, Moral und Menschlichkeit ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart“, heißt es in dem am Mittwoch verabschiedeten Dokument von Religionsführern aus 49 Staaten.

Die Vertreter von Muslimen, Christen, Juden, Buddhisten, Hinduisten und Schintoisten setzen sich zudem für eine weltweit geltende Religionsfreiheit ein. Zudem wird in der Erklärung, die in der den Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten in Sankt Petersburg übergeben wurde, massive soziale Ungleichheit beklagt.

Missbrauch von Religionen solle durch Erziehung und größeres religiöses Wissen überwunden werden.

Religionen, Zivilbevölkerung und Regierungen sollten im Kampf gegen Aids zusammenarbeiten. Die Staaten seien verpflichtet, mehr zum Schutz der Familie als dem „privilegierten Ort zur Bildung einer freien, intelligenten und moralischen Persönlichkeit“ zu tun. Auch die Situation von Frauen und Kindern gebe in vielen Gesellschaften Anlass zu großer Sorge. Ohne einen ethischen Kern, etwa zur bedingungslosen Achtung der Würde menschlichen Lebens in allen Stadien, sei keine Gesellschaft und kein Staat vor dem Zusammenbruch gefeit.

Menschenrechte: Orthodoxe Standpunkte

Im Frühjahr 2006 hat der 10. World Russian People's Council eine Erklärung unter dem Titel „Declaration on Human Rights and Dignity“ beschlossen, die in harten Worten das westliche Verständnis der Menschenrechte angreift. Dem westlichen Begriff von Freiheit fehlten moralische Normen. In der Erklärung heißt es: „Wir weisen eine Politik doppelter Maßstäbe in Menschenrechtsfragen ebenso zurück, wie alle Versuche die Menschenrechte für politische, ideologische, militärische und wirtschaftliche Zwecke zu missbrauchen oder um die Einführung eines bestimmten sozio-politischen Systems zu erreichen.“

Die mehr als 1500 Delegierten, die unter dem Vorsitz von Patriarch Alexej II. in der Moskauer Erlöserbasilika tagten, erklärten weiter: „Es ist nicht akzeptabel, im Streben nach der Einhaltung der Menschenrechte, Glaube und moralische Tradition zu unterdrücken, religiöse oder nationale Gefühle zu verletzen, heilige Wirklichkeiten und Orte zu schmähen oder gar das Vaterland in Gefahr zu bringen.“

Seit 1993 trifft sich der Rat jährlich und versammelt Repräsentant(inn)en aus den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen Russlands und darüber hinaus.

Der Text war von einer Vorbereitungsgruppe unter Erzbischof Kyrill vom Moskauer Außenamt erarbeitet worden, der auf dem Kongress erklärte, dass die Universelle Menschenrechtserklärung von 1948 die his-

torische und kulturelle Erfahrung Europas und der USA widerspiegeln, nicht aber die Werte des orthodoxen Ostens.

Großbritannien: Konflikt um russisch-orthodoxe Kirche

In der britischen Diözese des Moskauer Patriarchats ist es zu einem schweren Konflikt gekommen: Erzbischof Basil Osborne, der Administrator der britischen Metropole, wollte sich dem Oekumenischen Patriarchen in Konstantinopel unterstellen. Am 8. Juni 2006 hat das Patriarchat in Konstantinopel diese Zuordnung in einem Schreiben akzeptiert.

Der Erzbischof war bereits zuvor von Patriarch Alexej II. für abgesetzt erklärt worden. Patriarch Alexej II. hat den Londoner Erzbischof Innokentje beauftragt, eine Kommission zu bilden, die die Vorgänge in der russisch-orthodoxen Kirche in Großbritannien untersuchen soll.

Basil hatte am 24. April an Patriarch Alexej II. einen Brief geschrieben, in dem er um die Erlaubnis bat, sich mit seiner Diözese dem Oekumenischen Patriarchen unterstellen zu dürfen. Für die Metropole Surosch (so der Name der russisch-orthodoxen Eparchie für Großbritannien) sollten die selben Modalitäten gelten wie für die russisch-orthodoxe Erzdiözese für Westeuropa, die ebenfalls seit vielen Jahrzehnten Konstantinopel unterstellt ist. Zur Begründung hieß es in einem Rundbrief an den Klerus: Die orthodoxen Gemeinden in Großbritannien seien in einer ganz anderen Lebenswelt als der russischen verankert; eine Unterstellung unter das Oekumenische Patriarchat würde dieser Lebenswelt besser entsprechen.

Zu einem Treffen, zu dem der neu eingesetzte Erzbischof ultimativ alle Verantwortlichen eingeladen hatte, die ihre Zukunft noch in der russischen Kirche sähen, wurden auch Erzbischof Anatoly von Kerch und Erzbischof Mark von Berlin eingeladen. In einem Schreiben an Patriarch Alexej II. wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, die Unruhe in der Kirche bald zu beenden.

Patriarch und Papst: Kein Treffen in Sicht

Auch wenn es keine aktuellen Pläne für ein Treffen zwischen Papst Benedikt XVI. und dem Russisch-Orthodoxen Patriarchen Alexej II. gebe, hätten doch beide Kirchenoberhäupter eine solche Begegnung nicht ausgeschlossen, hieß es in hochrangigen Kreisen der russischen Orthodoxie. Nachdem der orthodox-katholische theologische Dialog wieder aufgenommen worden war, verbesserte sich offenbar das Klima zwischen den Kirchen. Dazu beigetragen hat offensichtlich auch die Begegnung von Metropolit Kyrill, dem Leiter des Moskauer kirchlichen Außenamtes mit dem Bischof von Rom,

sowohl nach dessen Inthronisation, als auch im März 2006. Dabei habe Benedikt, sehr zu seiner Freude, ausdrücklich betont, dass es zu seinen besonderen Prioritäten der Dialog mit der Orthodoxie gehöre.

Das Verhältnis zu den Kirchen der Reformation bewertete Kyrill deutlich kühler, insbesondere was die Frage der Frauenordination und den Umgang mit der Homosexualität betreffe. So hatte die letztere Frage erst vor kurzem zu einem Abbruch der Kontakte zur schwedischen Lutherischen Kirche geführt, als diese Segnungen gleichgeschlechtlicher Paare eingeführt hatte.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche beabsichtige im Weltrat der Kirchen zu verbleiben. Der Auftrag der Oekumenischen Bewegung sei, auch 100 Jahre nach ihrer Gründung, noch lange nicht erledigt, so Kyrill. Anderslautende Überlegungen waren im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung mit der in den USA ansässigen russisch-orthodoxen Exilkirche aufgetaucht.

Europäische Konsultation zum Globalen Christlichen Forum

Der Weltrat der Kirchen hat die Einrichtung eines globalen christlichen Forums vorgeschlagen, an dem alle christlichen Kirchen über die Mitglieder des OeRK hinaus teilnehmen sollen. Das angestrebte Forum hat das Ziel die Kirchen, die im OeRK vertreten sind, die römisch-katholische Kirche, evangelikale, pfingstlerische, unabhängige Kirchen und anderen Gruppen und Gemeinschaften zusammenzuführen und deren Beziehungen zueinander zu fördern und zu vertiefen. Zur Vorbereitung des weltweiten Treffens, das voraussichtlich Ende 2007 stattfinden wird, wurden einzelne weltregionale Konsultationen verabredet. Nach der Asien-Konsultation in Hongkong 2004 und der Afrika-Konsultation in Lusaka 2005 war die Europäische Konsultation im Juni 2006 die dritte weltregionale Konsultation, der 2007 noch eine weitere in Lateinamerika folgen wird.

Vom 19. bis zum 22. Juni 2006 kamen dazu etwa fünfzig Vertreter einer großen Bandbreite christlicher Kirchen, Konfessionen und Organisationen in Europa (Anglikaner, Baptisten, Katholiken, Evangelikale, Quäker, Lutheraner, Mennoniten, Methodisten, Alt-Katholiken, Orthodoxe [östliche und orientalische], Pfingstler, Reformierte und Vertreter der Heilsarmee) zu einer Konsultation im syrisch-orthodoxen Kloster St. Jakob von Sarug in Warburg (Deutschland) zusammen.

Als Ergebnis der Konsultation in Warburg wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Darin heißt es u.a.: „In unseren Diskussionen entdeckten wir einige Themen, die oft Hindernisse für bessere Beziehungen bilden, aber auch Chancen und Gelegenheiten für mehr Kooperation in der Zukunft bieten:

– *gemeinsames Zeugnis in der Öffentlichkeit,*

- *neue Wege, dem christlichen Glauben in einem säkularisierten Europa Ausdruck zu geben,*
- *Proselytismus, Mission und Evangelisation,*
- *Migration und kirchliche Mehrheits-/Minderheitsituation,*
- *interreligiöse Beziehungen, besonders der christlich-muslimische Dialog.*

Indem wir offen über die unterschiedlichen Wahrnehmungen, die wir voneinander haben, sprachen, stellten wir fest, dass durch den Mangel an Kontakten zwischen uns Missverständnisse entstanden sind. Es wurde sehr deutlich, wie wichtig es ist, direkte Begegnungen miteinander zu haben. ... Eine der Ideen, die entstanden, ist die, einen „Verhaltenskodex“ auszuarbeiten, der als eine Art Leitfaden für unsere Beziehungen zueinander dienen könnte. Hierzu liegt bereits eine Charta Oecumenica aus dem Jahr 2001 vor. Die Konsultation bat die verschiedenen regionalen Kirchenorganisationen in Europa, wie den Rat der Europäischen Bischofskonferenzen, die Konferenz der Europäischen Kirchen, die Europäische Evangelische Allianz, das Pfingst-Europa-Forum, die Europäische Baptistische Förde-

ration und andere, diesen Prozess zu unterstützen und zu fördern. Ermutigt werden ausdrücklich auch Migrations- und Diaspora-Kirchen in Europa, an diesem Prozess teilzunehmen.

Dekade zur Überwindung von Gewalt: Europa-Fokus 2007

„Mach mich zum Werkzeug deines Friedens“, die erste Zeile des Gebets eines Friedensstifters, das Franz von Assisi zugeschrieben wird, wird das Thema des Fokus „Europa“ sein, des Schwerpunkts der Dekade zur Überwindung von Gewalt für 2007.

Das Thema, das von einer Gruppe junger Erwachsener aus ganz Europa ausgewählt wurde, ruft dazu auf, die Gewalt in Europa aktiv und gezielt zu überwinden und sich dabei auf Gottes Macht und Verheißung zu verlassen. Kirchen und Friedensgruppen werden ermutigt, sich das ganze Jahr hindurch mit dem Thema zu beschäftigen und praktische Aktionen zu initiieren, die Frieden fördern und sich physischer, psychologischer und sexueller Gewalt sowie Gewalt in Form

OEKUMENISCHER KALENDER

2007

- 15. Januar:** Gedenktag 25 Jahre Lima-Erklärung zu Taufe, Eucharistie und Amt
- 20. bis 25. Januar:** Weltsozialforum in Nairobi/Kenia
- 15. bis 18. Februar:** Delegiertentreffen in Wittenberg auf dem Weg zur 3. Europäischen Oekumenischen Versammlung (EEA3)
- 06. bis 10. Juni:** 31. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Köln
- 04. bis 09. September:** 3. Europäische Oekumenische Versammlung (EEA3) in Sibiu (Rumänien)
- November:** Globales Forum Christlicher Kirchen

2008

- Januar:** Gedenktag 100 Jahre Gebetswoche für die Einheit der Christen
- 21. bis 25. Mai:** 97. Deutscher Katholikentag in Osnabrück

2009

- 20. bis 24. Mai:** 32. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Bremen

2010

- 12. bis 16. Mai:** Oekumenischer Kirchentag in München (ein Besuch durch Papst Benedikt XVI. wird von Kardinal Kasper für möglich gehalten)

- Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Stuttgart
- Evtl. Vollversammlung des Reformierten Weltbundes
- Abschluss der Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001–2010) durch eine weltweite oekumenische Friedenskonvokation und eine oekumenische Friedensdenkschrift
- Jubiläumsveranstaltung zu 100 Jahre Weltmissionskonferenz
- Friedensdekade vom Sonntag, den 07. November 2010 bis Buß- und Betttag am Mittwoch 17. November 2010
- Säkulare Großereignisse im Jahr 2010 werden im Juni/Juli die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika, die Asienspiele in Guangzhou (Kanton) und die Olympischen Winterspiele im kanadischen Vancouver sein.

2011

- 33. Deutscher Evangelischer Kirchentag evtl. in Hamburg

2013

- Evtl. 10. Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen

von Vorenthaltung und Vernachlässigung entgegenstellen. Besondere Anstrengungen sollen unternommen werden, um neue Netzwerke von Friedensstiftern durch die Generationen wie auch durch ethnische und religiöse Gemeinschaften hindurch zu knüpfen. Der Europa-Fokus der Dekade wird auch auf der Tagesordnung der Europäischen Oekumenischen Versammlung stehen, die im September 2007 in Sibiu/Hermannstadt, Rumänien, stattfindet.

Anglikaner: Zwei-Klassen-Kirchengemeinschaft im Entstehen

In zwei zentralen Fragen steht die anglikanische Kirchengemeinschaft vor der Zerreißprobe: „Amt und Homosexualität“ und Bischöfinnen.

Die Anglikaner wollen die US-amerikanische Episkopalkirche wegen deren liberaler Haltung gegenüber Homosexualität aus der Gemeinschaft ausschließen. Primas Rowan Williams, Erzbischof von Canterbury und geistliches Oberhaupt der Anglikaner, plant nach Angaben der Londoner Zeitung „The Times“, der Episkopalkirche der USA lediglich eine „assoziative Mitgliedschaft“ anzubieten, falls sie weiterhin mit Canterbury verbunden bleiben wolle. Nur Kirchen, die sich der „Beachtung biblischer Lehren“ verpflichtet wissen, dürfen demnach Vollmitglieder bleiben.

Diesem Vorschlag werden jedoch neben der US-Episkopalkirche auch kaum die liberalen Kirchen von Kanada und Neuseeland zustimmen.

Gegner der Weihe offen homosexuell lebender Menschen zu Bischöfen, wie der Pittsburger Bischof Robert Duncan, hingegen begrüßten diese Entwicklung. Damit habe auch der anglikanische Primas erstmals anerkannt, dass bestimmte Gruppen nicht Vollmitglieder der Kirchengemeinschaft bleiben könnten.

Der Antrag soll im kommenden Februar bei einem Treffen beschlossen werden. Die Episkopalkirche der USA war innerhalb der anglikanischen Weltgemeinschaft in die Kritik geraten, weil sie 2003 den Homosexuellen Gene Robinson zum Bischof weihte.

Zahlreiche anglikanische Kirchen aus dem asiatischen und afrikanischen Raum erklärten inzwischen, sie hätten die Verbindungen zu amerikanischen anglikanischen Kirche wegen der Weihe Robinson abgebrochen. Insbesondere von afrikanischen Anglikanern wird ein generelles Verbot von Homosexuellen in Kirchenämtern gefordert. Dennoch müssten die Kirchen lernen, „tolerant of difference“ zu sein, so Erzbischof Njongonkulu Ndungane, das Oberhaupt der Anglikaner in Südafrika.

Primas Rowan Williams schrieb am 20. Juni 2006 freilich an die neu gewählte erste Frau im Bischofsamt in der anglikanischen Kirchenfamilie, Katharine Jefferts Schori,

USA. Diese zweite große Zerreißprobe der anglikanischen Kirchengemeinschaft wird verstärkt durch den Umstand, das Schori zu den Unterstützern von Bischof Robinson bei dessen Wahl gehörte. Primas Williams übersandte der neugewählten Bischöfin denn auch keine Gratulation, sondern „nur“ Grüße und eine Gebetszusage.

Gleichwohl hat die Kirche von England auf ihrer Generalsynode in York im Sommer für die Zulassung von Frauen zum Bischofsamt votiert. Dies sei „theologisch gerechtfertigt“, heißt es nun in einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Erklärung.

Eine Arbeitsgruppe soll eine entsprechende Kirchengesetzgebung auf den Weg bringen. Eine starke Minderheit von traditionell orientierten Kirchenmitgliedern sträubt sich gegen die Einführung von Bischöfinnen. Eine erste weibliche Bischöfin in der Kirche von England könnte es nach Angaben aus Kirchenkreisen nicht vor 2012 geben.

Schweden: Diskriminierung nicht akzeptabel

Am 2. September 2006 wird der 69. Erzbischof der Kirche von Schweden, Anders Wejrd, in sein Amt eingeführt. In Zeitungsinterviews ging er scharf gegen Pfarrer vor, die sich weigern, mit ordinierten Pfarrerinnen zusammenzuarbeiten. Er werde ihren Fall der Polizei übergeben, damit sie nach dem schwedischen Antidiskriminierungsgesetz angeklagt würden. Er hoffe auch, das die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare langfristig akzeptiert würde. Der Aufkündigung der kirchlichen Beziehungen seitens der Orthodoxen Kirche Russlands wegen dieser Segnung hielt er entgegen: „Es ist nicht die Aufgabe der Kirche, Wächter der guten Sitten zu sein; vielmehr ist es unsere Aufgabe, Wächter der Gnade zu sein.“

Kanada: Ordensleute für Offenheit

Die Kanadische Religiöse Konferenz (CRC), der 22 000 Mönche, Nonnen und Priester in katholischen Ordengemeinschaften angehören, hat in einem Dokument an die Bischöfe des Landes die Lehren der Kirche in Sachen Scheidung, Empfängnisverhütung und Homosexualität in Frage gestellt. Das Dokument bedauert das auf rigider Gesetzlichkeit beharrende Erscheinungsbild, das die katholische Kirche biete, ihre Starrheit und ihren unversöhnlichen Standpunkt in der Sexualmoral, ihren Mangel an Mitgefühl und an Offenheit gegenüber Geschiedenen und Wiederverheirateten beim Zugang zu den Sakramenten, und ihre ablehnende Haltung gegenüber Homosexuellen.

CRC-Präsident Alain Ambeault schrieb an die Mitglieder: „Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Botschaft das Denken der leitenden Persönlichkeiten in den religiö-

sen Gemeinschaften Kanadas widerspiegelt, ebenso das der Mehrheit der religiösen Männer und Frauen im ganzen Land.“ Papst Benedikt XVI. hat für 2008 seinen Besuch in Kanada angekündigt.

Norwegen: Erweiterte Oekumene

Am 1. September 2006 werden sich in Norwegen zwei kirchliche Zusammenschlüsse vereinen, der Christenrat von Norwegen und der Norwegische Rat der Freikirchen.

Dem neuen „Christian Council of Norway“ gehören dann Lutheraner, Orthodoxe, Katholiken, Methodisten, Baptisten und Pfingstkirchen an. Das entscheidende Element für das Gelingen dieser Neugründung war die Bereitschaft von Vertretern der Pfingstbewegung, mit der römisch-katholischen Kirche zusammenzuarbeiten. Kirchen in einer säkularen Gesellschaft müssen kooperieren, sagte Else-Britt Nilsen, die Generalpriorin der Dominikanerinnen von Norwegen und Frankreich. Und: „Wir haben den christliche Glauben gemeinsam. Katholiken und Pfingstler stehen sich oft in Fragen der Moral nahe.“

USA: Erweiterte Kirchenkooperation

Schon im März 2006 wurde in den USA eine neue Gruppierung aus der Taufe gehoben: „Christian Churches Together in the USA (CCT)“, der protestantische, orthodoxe, katholische, evangelikale und pfingstlerische Kirchen angehören. CCT-Interims-Moderator Pfr. Wesley Granberg-Michaelson, ein Reformierter, verlas eine Erklärung, in der es heißt: „Endlich fanden wir den Mut, unsere offensichtlichen und lang andauernden Spaltungen anzugehen und der Einheit einen neuen Ausdruck zu verleihen, gegründet in dem Geist, der unsere Mission in der Welt stärken wird.“ Die CCT-Gründung verlief nicht ohne Spannungen und Verzögerungen. Vor allem schwarze Kirchenführer fragten, ob dieses neue oekumenische Gremium neben dem „US National Council of Churches (NCC)“ notwendig sei, und ob CCT die Problem rassistischer und ökonomischer Ungerechtigkeit aufgreifen würde. Die CCT-Erklärung nahm diese Anfragen auf, indem sich alle Beteiligten verpflichteten, in der Bekämpfung der Ursachen für die Armut zu kooperieren. CCT wolle keineswegs den NCC ersetzen. Diesem gehörten jedoch weder die katholische Kirche noch evangelikale und pfingstlerische Gruppierungen an.

Afrika: Beitrag der Religionsführer zum Frieden

Kjell Magne Bondevik, ehemaliger norwegischer Ministerpräsident und lutherischer

Pfarrer, heute der UN Special Humanitarian Envoy (Sonderbotschafter für humanitäre Angelegenheiten) für die Region am Horn of Afrika, begrüßte die Gründung einer interreligiösen Friedenskommission für Afrika. Sie könne helfen, so Bondevik, die Konflikte des Kontinents zu lösen, indem sie das öffentliche Augenmerk auf die gemeinsamen Werte aller Menschen, wie Würde, die Idee des Friedens, der Versöhnung oder der Achtung des Heiligen, richte. „Religiöse Führungspersönlichkeiten haben ein großen Vorteil: Sie sind verwurzelt in starken Werten.“ So haben sie eine Grundlage, gegen die Verletzung der Menschenrechte zu kämpfen. In der ruandischen Hauptstadt Kigali hatten sich die Delegierten zur Gründung der „Inter-faith Action for Peace in Africa“ (IFAPA) versammelt, unterstützt auch durch den ruandischen Präsidenten Paul Kagame, ein ehemaliger Soldat, der nun versucht, in seinem Land Frieden zu erreichen.

Die Kommission wurde gegründet von leitenden Persönlichkeiten traditioneller afrikanischer Religionen, der Baha'ï, von Buddhisten, Christen, Hindus, Juden und Muslimen. Sie wird koordiniert durch den in Genf ansässigen Lutherischen Weltbund. In der Schlussklärung der Gründungsversammlung heißt es: „Nachdem wir den Schmerz und die Hoffnung Ruandas und seines Volkes erfahren haben, sind wir heute mehr denn je überzeugt, dass die religiösen Führer eine Aufgabe und eine Verpflichtung haben, zur Suche nach Frieden und Entwicklung in Afrika ihren Beitrag zu leisten.“ Die IFAPA Kommissionsmitglieder werden nun in der nächsten Zeit Ruanda, Togo, Burundi, den Kongo, Uganda, den Sudan, Liberia und Somalia besuchen, Länder, die entweder noch durch Unruhen gezeichnet sind oder sich gerade davon erholen.

Uganda und Südsudan: Friedensbemühungen

Der über zwanzigjährige bewaffnete Konflikt zwischen der ugandischen Regierung der Rebellenbewegung Lord's Resistance Army (LRA) unter der Leitung des selbsternannten Mystikers Joseph Kony, der vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen gesucht wird, soll beendet werden. Dazu ruft eine gemeinsames Schreiben der Kirchenräte in den beiden Ländern Uganda und Sudan auf. „Wir appellieren an die, die unterschiedliche Meinungen haben, sich auf das Gemeinsame zu besinnen und eine friedliche und ausgehandelte Regelung der Konflikte anzustreben.“ Die ugandische Regierung lehnt bislang Verhandlungen mit dem gesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrecher ab. Die Kirchen fordern jedoch, jeden Weg zu gehen, der eine friedliche Konfliktregelung und Stabilität für den Sudan wie für Uganda ermöglichen könnte. Zuletzt im April hatte die sich Acholi Religious Leaders' Peace Initiative, eine Gruppe römisch-katholischer,

protestantischer, orthodoxer und islamischer Führer, die gemeinsam einer gewaltfreien Konfliktlösung verpflichtet sind, an den Haager Internationalen Gerichtshof gewandt mit der Bitte, den Haftbefehl gegen J. Kony zu überprüfen, um konkrete Friedensverhandlungen zu ermöglichen. Nach Angaben der katholischen Erzbischofs John Baptist Odama, dem Vorsitzenden von Acholi, verhindere der Haftbefehl gegen Kony und die wichtigsten anderen Führer der Rebellenbewegung jede Friedensinitiative.

Südafrika: Tutu in Gold – EKD-Beziehungen in Untersuchungsbericht

Die südafrikanische Zentralbank hat mit Erzbischof Desmond Tutu den zweiten Träger des Nobelpreises aus Südafrika für seine außergewöhnlichen Verdienste, auch in der Wahrheitskommission des Landes, mit einer Goldmünze geehrt. Während Nelson Mandela und F. W. de Klerk zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls mit einer Münze geehrt werden sollen, erschien 2005 bereits eine Münze mit dem Portrait des ehemaligen Präsidenten des ANC, Chief Albert Luthuli, der 1960 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden war.

Eine neue Studie befasst sich jetzt u. a. mit den Beziehungen der EKD zu Südafrika. In den Jahren nach 1970 gab es eine verblüffende Übereinstimmung in Kirche, Wirtschaft, Politik, Parteien und Presse, über eine verbale Verurteilung der Apartheid nicht hinausgehen. In internationalen Gremien wie z. B. der UNO und dem Oekumenischen Rat der Kirchen stimmten die Deutschen häufig gegen eine schärfere Gangart. Der Oekumeniker Dr. Gunther Hermann befasst sich nun in einem von der EKD finanzierten Untersuchungsbericht mit zentralen kirchlichen und oekumenischen Erklärungen, internationalen Konferenzen (Ottawa, Budapest) und deren Beschlüssen, die Mitgliedschaft der weißen Kirchen zu suspendieren, weil diese nicht bereit waren, die Rassentrennung innerhalb der Kirche aufzugeben. Besondere Beachtung wird der Rolle der südafrikanischen Kirchen gewidmet – insbesondere dem Südafrikanischen Kirchenrat (SACC) unter Bischof Desmond Tutu – und den Strategien und Methoden in einer Zeit staatlich verordneten Terrors, der Folter und Verfolgung.

Gunther J. Hermann: Apartheid als oekumenische Herausforderung. Die Rolle der Kirche im Südafrika-Konflikt, Frankfurt: Lembeck 2006, 542 S., EUR 24,- ISBN 3-87476-507-5.

Japan: Ein Prozent Christen

Seit dem Jahre 1549, als Jesuitenmissionare unter Franz Xavier erstmals japanischen Boden betraten, ist der Anteil der christlichen Bevölkerung konstant bei einem Prozent geblieben. Heute aber hat das

Christentum nicht länger ein negatives Image, so Prof. Mark R. Mullins von der katholischen Sophien-Universität in Tokio, der kürzlich ein Buch vorgelegt hat: „Christentum – Made in Japan“, das sich im Lande sehr gut verkauft.

Seit den Giftgasanschlägen der Aum-Sekte in der Tokioter U-Bahn 1995 gilt in Japan Religion grundsätzlich als gefährlich. Die Kirche sieht sich also vor der Herausforderung, einem solchen Image zu begegnen. Viele junge Japaner und Japanerinnen, die im Ausland konvertierten, fänden bei der Rückkehr keinen Zugang zu den einheimischen Kirchen, so der Autor, dessen Buch nach zehnjährigen Studien zuerst in England 1998 erschienen ist. Die Frage sei, wie die Kirchen einen Weg zur jungen Generation finden und für deren Leben und Kultur heute relevant werden, so der Autor in einem Vortrag an der Jesuitenuniversität.

Zugleich erlebt Japan eine Debatte um ein Erziehungsgesetz, bei es u. a. um die Änderung der Regelungen aus dem Jahre 1947 geht („fundamental law of education“), und das in seiner neuen Fassung die Lehrer dazu verpflichten soll, den Schülerinnen und Schülern eine patriotische Haltung und Liebe zu Nation und Heimat beizubringen. Dieser Forderung stehen viele christliche Gruppen im Land äußerst skeptisch gegenüber.

Indien: Situation der Christen immer komplizierter

Im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh entstehe ein immer feindlicheres Klima gegenüber Christen und Christinnen, beklagen christliche Gruppen. Es sei beschämend, dass die staatlichen Organe der Rechtspflege blind seien für die anhaltende Gewalt, so John Dayal, Sprecher des All India Christian Council. Madhya Pradesh ist der erste indische Bundesstaat, der ein Gesetz beschlossen hat zur Behinderung religiöser Konversionen. Die Frage der Konversion diene der Regierung auch dazu, das Klima der Feindschaft anzuheizen, so christliche Gruppen, die insgesamt ca. 0,3% der Bevölkerung des 60-Millionen-Staates ausmachen. Im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu wurde nach einem Regierungswechsel im Mai 2006 ein entsprechendes Gesetz gegen die Konversionsfreiheit gerade unter dem Beifall der Kirchen wieder aufgehoben. In Gujarat hingegen hat die Regierung, in der die hinduistische nationalistische Bharatiya Janata Partei die Mehrheit hat, im April einen Vertrag mit katholischen Nonnen der Salesianerinnen nach mehr als 50 Jahren nicht erneuert und damit den Abzug der sechs Schwestern aus der Leprastation eines Regierungskrankenhauses erzwungen.

Nepal: Christenheit wächst rapide

Als Chuda Bastakoti vor über zwölf Jahren Christ wurde, verhöhnten in die Menschen in dem abgelegenen Dorf ihn noch und benutzen das Wort Christ als Schimpfwort. „Das hat sich heute geändert, Menschen schauen mich nicht länger mit Verachtung an“, so der 32-jährige Bastakoti aus dem südwestlichen Distrikt Gorkha, der als Lehrer in Kathmandu arbeitet. Auch seine Frau Kopila ist vom Hinduismus zum Christentum übergetreten, nachdem die beiden vor vier Jahren ohne Probleme geheiratet hatten. Ganze Dörfer, besonders in abgelegenen Gebieten seien in den letzten Jahren christlich geworden, so Bastakoti. Nach Aussagen von Pastor Simon Gurung, dem Präsidenten des Valley Christian Council, steigt die Zahl der Christen und Christinnen unaufhörlich an, eine Entwicklung, die nach der Einführung der neuen Verfassung von 1990 begonnen habe. Damals war ein Mehr-Parteien-System eingeführt worden und die Verfassung hob auch das Verbot der Konversion auf, das bis dahin die Administration des Königs durchzusetzen versuchte. Heute gibt es in Nepal, offiziell ein hinduistisches Königreich, unter ca. 28 Millionen Menschen schätzungsweise 700 000 Christen und Christinnen in rund 1500 Gemeinden. Vor 1990 waren es weniger als 50 000 gewesen.

Korea: Brücken bauen

Zehntausend Methodisten aus aller Welt trafen sich vom 20. bis 24. Juli 2006 in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul zum 19. World Methodist Council (WMC), das alle fünf Jahre stattfindet, unter dem Motto: „Reconciling God in Christ“, um für die friedliche Lösung weltweiter Konflikte zu beten und zu beraten. Zur größten Versammlung in der 120-jährigen Geschichte der koreanischen Kirche waren 6000 ausländische Gäste gekommen. Zu den Zielen der Methodisten gehört es auch, die Kontakte nach Nordkorea zu stärken.

Indien: Bald zu wenig Mädchen

Im indischen Bundesstaat Haryana wurde erstmals ein Arzt einer Abtreibungsklinik zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren sowie einer Geldbuße verurteilt. Der Verurteilte hatte einer pränatalen Test zur Feststellung des Geschlechts des Fötus durchführen lassen, um im Falle, dass es ein Mädchen werden würde, eine Abtreibung vorzunehmen. Nach Angaben der indischen Frauenministerin Renuka Chowdhury werden in ihrem Land jährlich etwa eine halbe Million Mädchen-Foeten abgetrieben. Die Regierung hat eine landesweite Kampagne „Decade of Survival of the Girl Child“ gegen diese Entwicklung gestartet, nicht zuletzt, weil das Verhältnis von männlichen zu weiblichen

Neugeborenen sich in den letzten Jahren dramatisch verschoben hat. Dieser Trend sei besonders alarmierend in Regionen mit vergleichsweise hohem Lebensstandard und guter Ausbildung. In einer Pionierstudie hat die Christian Medical Association of India aufzeigen können, dass in Familien mit bereits zwei Töchtern auf 1000 Jungengeburt nur 219 Mädchen kommen.

Jessy George, Sekretärin der Young Women's Christians Association in Delhi erklärte, ein solches Programm sei ohne Zweifel wichtig und man sei froh, dass die Regierung die Schwere des Problems erkannt habe. Es gelte aber in einer konzertierten Aktion Vorurteile abzubauen, darunter auch an hinduistischen Traditionen zu arbeiten, nach denen ein Vater nur durch die Gebete seines Sohnes Erlösung („Moksha“) erlangen könne.

Oekumenischer Darlehensfonds: Positive Entwicklung ECLOF

Der im Jahre 1946 von weitsichtigen Kirchen- und Bankenvertretern der Schweiz gegründete Ecumenical Church Loan Fund – ECLOF – ist eine gemeinnützige Stiftung nach Schweizer Zivilrecht und wird von einem international zusammengesetzten Verwaltungsrat überwacht. Er setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Kirchen, Finanzinstitutionen, Hilfswerken, Nicht-Regierungsorganisationen und anderen Gruppen der Zivilgesellschaft zusammen. In weltweit mehr als 30 sog. Entwicklungsländern unterstützt der Fonds mit Kleinkrediten gerechte Entwicklungen.

So auch auf den Philippinen, wo die Unterstützung von Familien wie z. B. der von Estrella Baliang zu einem regelmäßigen Einkommen durch den Verkauf von Textilien verhilft und es ihr und ihrem Mann auch ermöglicht hat, ihre fünf Kinder zur Schule zu schicken.

Erfolgsgeschichten wie diese gibt es viele. Allein in der philippinischen Nordprovinz Benguet gibt es inzwischen etwa 1450 Kreditnehmer/innen, darunter Estrella Baliang. „Fair-credit-to-promote-human-development“ – so die Philosophie von ECLOF, setzt an den kleinen, täglichen Bedürfnissen an und erlaubt Bedingungen, zum Beispiel eine Verzinsung mit 2,5 Prozent oder der Rückzahlung in kleinen Raten, die für normale Banken entweder nicht rentabel oder nicht gewollt sind. Die Arbeit von ECLOF wird von den Wertmaßstäben Gerechtigkeit, Solidarität, Menschenwürde und Miteinanderteilen geleitet. Ziel ist es, mit dem verfügbaren Kapital armen und an den Rand der Gesellschaft gedrängten Bevölkerungsgruppen, Kirchen und Gemeinwesen „faire“ Mikrokredite anzubieten. In Deutschland fördert die Stiftung Oekumene die Arbeit von ECLOF.

Konto 100 008 bei der Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

Prag: Veitsdom gehört der Kirche und nicht dem Staat

Ein Gericht in Prag hat nach 13-jährigem Rechtsstreit entschieden, dass der Sakralbau der Kirche gehört. Die Kirche in der Tschechischen Republik habe den Eigentumsanspruch auf die Kathedrale und die umliegenden Immobilien trotz der Enteignung in kommunistischer Zeit nie verloren, so der Richter Vladimir Fucik in der letztinstanzlichen Entscheidung des Prager Berufungsgerichts von Ende Juni.

„Wir freuen uns über das Urteil“, erklärte der Prager Erzbischof Miroslav Kardinal Vlk. Der Entscheid sei gerecht. Er betonte gleichzeitig, dass die Kathedrale „ganz unbestritten zu den Kulturschätzen der Nation“ gehöre und daher die Verantwortung zu seiner Erhaltung von „allen gemeinsam“ übernommen werden müsse.

Die religionsfeindliche kommunistische Partei hatte den Veitsdom 1954 in Staatsbesitz überführt. Nach der Wende war das Gotteshaus 1994 von einem Gericht zwar wieder der Kirche zugesprochen worden, von staatlicher Seite wurde dies aber angefochten.

Den Bau des Doms hatte Kaiser Karl IV. im Jahr 1344 begonnen. Der Bau gehört zum Areal der Prager Burg, heute Sitz des tschechischen Staatspräsidenten. Damit war bei den Rückgabeverhandlungen argumentiert worden.

Nicht nur weite Teile der Öffentlichkeit, sondern auch die Politik hatte sich in den 1990er Jahren mehrheitlich gegen die Rückgabe des Doms an die katholische Kirche ausgesprochen. Die Kirche hatte den Streit um den Sakralbau damals als „unwürdig“ kritisiert und überraschend angeboten, den Veitsdom dem Volk zu „schenken“. Ein einvernehmlicher Vertrag über die Nutzung kam allerdings nie zustande, so dass die Kirche erneut den Rechtsweg beschritt.

Elsass-Lothringen: Gemeinsam Zeugnis geben

Die Vereinigung der beiden größten protestantischen Kirchen in der Region Elsass-Lothringen wird das Zeugnis der Christen in der Welt stärken, so Pfr. Setri Nyomi, Generalsekretär der World Alliance of Reformed Churches (WARC). In einer Welt voller Ungerechtigkeit müssen die Menschen die Stimme des Evangeliums laut und klar vernennen können. Dafür seien die Kirchen aufgerufen, ihre Teilungen zu überwinden und eine klares Zeugnis abzulegen, sagte Nyomi am 7. Mai 2006 in Straßburg bei der Feier zur Gründung einer Union der Lutherischen und der Reformierten Kirche.

(Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von ENI ausgewertet, außerdem die Pressedienste von OeRK, LWI, RWF, CEC, RNA und KIPA)

Aus oekumenischen NETZEN

► Bremen

Millenniums-Entwicklungsziele auf dem Bremer Marktplatz

Unter Anwesenheit der Sonderbeauftragten für die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen, Eveline Herfkens, ehemalige niederländische Entwicklungsministerin, wurden vom 10. bis 18. Mai 2006 die acht großen Tore der UN-Millenniumskampagne (in Bonn ausleihbar) mit den acht Millenniumszielen auf dem Marktplatz aufgestellt. Das seit dem Aktionstag am 10. September 2005 auf 43 kirchliche und andere entwicklungspolitisch engagierte Nichtregierungsorganisationen und Gruppen angewachsene Bremer Aktionsbündnis Millenniumsziele ermöglichte ein 10-tägiges Programm, um Politik und Öffentlichkeit über die Ziele zur Überwindung von Armut weltweit zu informieren und besonders die Verantwortung der reichen Nationen zur Änderung bestehender Ungerechtigkeit in den Welthandelsstrukturen anzumahnen. Unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Senats, Bürgermeister Jens Böhrnsen, mit Patinnen und Paten aus Politik, Sport und Wissenschaft wurden die Einzelziele mit Schweigemärschen, Mahnwachen, Info-Ständen und Mitmachaktionen erläutert (vgl. www.millenniumsziele-bremen.de). Aus dem sichtbar gewordenen großen zivilgesellschaftlichen Engagement und der weiteren Vernetzung von entwicklungspolitischen Gruppen ist als Folgeprozess verabredet worden, das kommunale Handeln in den Bereichen Bildung und Beschaffung im Sinne nachhaltiger Entwicklung auf den Prüfstand zu stellen. Die gleichfalls von der Oekumenischen Initiative alljährlich mitgetragene Veranstaltungsreihe zu Afrika fand unter der Themenstellung „Lebensquelle Wasser in Westafrika“ parallel statt.

Globalisierungsdebatte und Dekade zur Überwindung von Gewalt

Die Auseinandersetzung um Fragen wirtschaftlicher Gerechtigkeit angesichts ökonomischer Globalisierung und die Dekade zur Überwindung von Gewalt standen in zwei Berichten über Porto Alegre im März und Mai 2006 im Mittelpunkt. Der positiven Bewertung der 9. Vollversammlung des Oekumenischen Rates durch Achim Strehlke (Nordelbische Kirche) in Bezug auf Konsensverfahren, Mutirao und Impulse zur Dekade kontrastierten mit der verhaltenen skeptischen Einschätzung durch Jann Schmidt (reformierte Kirche), der als einzigen Erfolg sah, dass die Oekumenische Gemeinschaft trotz der (zwischen Nord und Süd nicht aus-

getragenen) Kontroverse um die Beurteilung der Globalisierung nicht auseinanderbrach. Mit einem Seminartag im Herbst zur vergleichenden Zusammenschau der reformierten, lutherischen und OeRK-Positionen zur Globalisierung will die Oekumenische Initiative das eigene Verständnis der Debatte schärfen. Hieraus soll ein Impuls in Richtung auf die 3. Europäische Oekumenische Versammlung auf dem Hintergrund des 8. Millenniumszieles für eine faire Entwicklungspartnerschaft seitens Europas gegeben werden. Bereits am 9. Juni wurde mit dem Bremer Bundestagsabgeordneten Volker Kröning ein Gespräch geführt über die Anrechnung von nicht entwicklungspolitisch zu wertenden Schuldenerlassen auf die 0,7% Quote der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik. Einig im Ziel, in diesen Fragen Transparenz zu erzielen, wurde für Frühjahr eine Tagung mit Verantwortlichen aus Bundestag und Ministerien verabredet, um die Verantwortung des deutschen G 8-Vorsitzes in der Umsetzung der Millenniumsziele (Ziel 8 „Entwicklungspartnerschaft, Schuldenerlass, Welthandel“) zu beleuchten.

Bremen, Nahost und Südafrika

Auf lokaler Ebene wird das von der Oekumenischen Initiative mit gegründete Bremer „Forum gegen Gewalt in Pflege und Betreuung“ nun im Herbst mit einem Beratungsblatt in Pflegeeinrichtungen an die Öffentlichkeit gehen.

Der bei der Oekumenischen Initiative angesiedelte Arbeitskreis „Genfer Initiative für einen israelisch-palästinensischen Friedensvertrag“ diskutiert zur Zeit die Frage, warum für Christen(gemeinden) das „biblisch Reisen“ so begehrt ist, doch die Auseinandersetzung mit der politischen Realität in Israel und Palästina verweigert wird. Weiterhin geplant ist eine Veranstaltung mit EU-ParlamentarierInnen zur Rolle der EU in Bezug auf einen Friedensschluss zwischen Israel und Palästina sowie weitere Kontaktaufnahme zu friedensbereitenden Gruppen aus Israel und Palästina.

Die Partnerschaftsarbeit der Mitglieder der Oekumenischen Initiative mit dem Diakonia Council of Churches in Durban, Südafrika, hat im Rahmen der informellen Städtepartnerschaft Bremens im vergangenen Jahr über 6000,- EUR Unterstützung erbracht.

In Bezug auf die Position von Kirche zu Fragen wirtschaftlicher Gerechtigkeit rezipiert die Partnerschaftsgruppe – ähnlich dem Kairos-Dokument aus Apartheidzeiten – das Dokument „THE OIKOS JOURNEY – A theological reflection on the economic crisis in South Africa“ des Durbaner Kirchenrats (vgl. <http://www.diakonia.org.za/dmddocuments/OikosA5e.pdf>). Durch eine konfes-

sionell gemischte Begegnungsreise Jugendlicher und Erwachsener wird in den Herbstferien der Kontakt mit Durban, aber auch mit dem zur Aktion Bundesschluss gehörenden Matiwane's Kop in Kwa Zulu Natal ausgebaut.

Uwe Ihssen, Evangelisches Bildungswerk Bremen
Oekumenische Initiative Bremen, Hollerallee 75
28209 Bremen, Tel.: 0421/34615-36, Fax: -38
www.bildungswerk.kirche-bremen.de

► Nordelbien

Abschnittsende und Stabübergabe

Die Solidarische Kirche in Nordelbien hatte Anlass, auf ihre Geschichte zurückzublicken. Alles begann mit dem Faltblatt „Zum Bund oder verweigern?“ im Herbst 1984. Der Gesprächsanstoß für den Konfirmandenunterricht einer Gruppe von Pastoren aus dem Kirchenkreis Stormarn wurde vom Nordelbischen Kirchenamt und den Bischöfen verboten. Hamburger Hauptpastoren wetteten gegen linke Pastoren, Theologie-Professoren protestierten gegen den Maulkorb. In die Diskussion mischten sich aber auch zunehmend Laien ein. Um den Stormarnern Pastoren den Rücken zu stärken, gründeten sie im April 1986 die „Solidarische Kirche in Nordelbien“. „Wir wollten nicht ruhig sein, sondern uns in die kirchliche Debatte einmischen“, sagt Hanna Fetkötter. Die heute 68-Jährige gehört mit ihrem Mann Ekke Fetkötter (70) und Antje Holst (62) zu den Initiatoren der Solidarischen Kirche. Nach dem auch eine redigierte Fassung des Faltblatts zur Frage nach Kriegsdienstverweigerung durch die Kirchenleitung verboten wurde, gründeten sie am 5. April 1986 gemeinsam mit 60 Christinnen und Christen die Laienbewegung. Auf ihrer ersten Sitzung im Gemeindehaus der Osterkirche Bramfeld wurden Ziele und Selbstverständnis formuliert: „Wir wollen uns die Zusammenhänge von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung noch deutlicher und zum Ziel unseres Handelns.“

Um nach Tschernobyl auf Gefahren aufmerksam zu machen, demonstrierte die Gruppe acht Jahre lang an jedem sechsten des Monats vor dem Atomkraftwerk Brokdorf. Es kam zu massiven Polizeieinsätzen, Festnahmen und Prozessen. „Es tat in dieser Zeit gut, zu spüren, nicht alleine zu sein“, erinnert sich Hanna Fetkötter. Die kleinen Veränderungen machten ihr Mut: „Vielleicht haben wir ja ein Stück dazu beigetragen, dass die Nordelbische Kirche sich verändert hat.“ Auch 20 Jahre nach ihrer Gründung sind die Mitglieder der Solidarischen Kirche bereit, Tacheles zu reden. „Der Glaube fordert heraus“, sagt Antje Holst. Doch die Zeiten, als die Solidarische Kirche mit zehn Bussen zu Demonstrationen startete, sind vorbei. „Es

wird Zeit, dass jemand den Staffstab übernimmt“, sagt Hanna Fetkötter. Themen, die eine deutliche Sprache der Kirche verlangten, gebe es genügend. Vor allem die Schere zwischen Arm und Reich weltweit, aber auch in Deutschland, erforderte einen entschiedenen Einspruch.

Gegenwärtig liegt der Schwerpunkt auf Aktivitäten in Bezug auf die Dekade zur Überwindung von Gewalt. Dazu gehört die Mahnung, Rüstung und militärische Gewalt in die Dekadethemen einzubeziehen. Ekke Fetkötter möchte Koordinierungsaufgaben abgeben, aber weiter an den Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung arbeiten. Wer könnte den Stab der Solidarischen Kirche aufnehmen? Hanna Fetkötter: „Eine Gruppe, die Mut hat, die kirchliche Diskussion mit Ecken und Kanten zu bereichern.“ Ihren 20. Geburtstag feierte die Solidarische Kirche am 8. April im Gemeindehaus der St. Martinuskirche/Eppendorf. Eine Geschichte geht zu Ende. Aber in bestimmten Strängen findet sich Fortsetzung: So wurde weiterhin eine themenbezogene Arbeit, bei zwei bis drei Treffen im Jahr zur Vorbereitung einer öffentlichen Veranstaltung befürwortet. Die nächste Einladung gilt für Freitag, **22. September 2006** von 17.30 bis 20 Uhr in den Andachtsraum der Rathauspassage zu einem Diskussionsabend zum Thema: „Kriegsdienstverweigerung heute!“. Und noch vorher, am **6. August 2006**, findet ab 14 Uhr eine Mahnwache in Brokdorf statt.

(Unter Verwendung eines Beitrags von Oliver Spies; Hamburg)

Solidarische Kirche in Nordelbien, neue Kontaktadresse:
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, 22769 Hamburg

► Rhein-Mosel-Saar

Maßstab für EU-Politik müssen die Ausgegrenzten sein

Mit einer gemeinsamen Erklärung unterstreichen die Vorstände des Oekumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar e.V., der KSJ und von Pax Christi im Bistum Trier sowie der Bezirk Mittelrhein der KAB im Bistum Trier ihre Ablehnung des Vertrags für eine EU-Verfassung. Im Juni 2006 endete die von den EU-Regierungen selbstverordnete „Reflexionsphase“ über den weiteren Verfassungsprozess. Die Erklärung nimmt das zum Anlass, die neoliberale und militaristische Form des Zusammenwachsens Europas abzulehnen. An zentralen Passagen des EU-Verfassungsvertrags macht sie deutlich, dass die EU so „kein soziales und friedliches Gegenmodell zu den USA“ sei, sondern „auf die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem US-amerikanischen Kapitalismus“ ziele. Die unterzeichnenden Organisationen fordern

eine „grundsätzliche Neuorientierung der EU-Politik an den Lebensinteressen der Menschen, vor allem der Ausgegrenzten, statt an den Interessen der Vermehrung des Kapitals für wenige.“

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.

Pfarrer Werner Mörchen Str. 1, 56564 Neuwied

Tel.: 0 26 31 / 35 41 40, Fax: 01 80 / 50 60 33 59 93 76

info@oekumenisches-netz.de

www.oekumenisches-netz.de

► Bayern

Schritt für Schritt – auf dem Weg zum Leben

„Gewalt überwinden – eine Kultur des Friedens schaffen“ – dieses Ziel bestimmte auch den diesjährigen oekumenischen Pilgerweg „Schritt für Schritt die Gewalt überwinden“, den wiederum das OeNB, das Missionswerk Neuendettelsau, die Franziskanerprovinz und Missio München zusammen planten und durchführten. Bei misslichem Wetter erwarderten und bedachten die Teilnehmer entlang des Mains zwischen Würzburg und Lohr von Christi Himmelfahrt an vier Tage lang Stationen von Gewalt und deren Überwindung.

Die Jahresversammlung des OeNB (**29. bis 30. September 2006**) setzt sich in einem Studientag mit einem alle Menschen in Mitleidenschaft ziehenden Aspekt von Gewalt und deren Überwindung auseinander: „Wirtschaften für das Leben“. Zwischen Kirchenleitungen und Initiativgruppen der Basis, zwischen Kirchen des Nordens und Kirchen in den armen Ländern ist die Diskussion um die „Handlungsmöglichkeiten für eine alternative Globalisierung im Dienst für Menschen und Erde“ in vollem Gange. Freilich: In vielen Bereichen der Kirchen ist die Brisanz der Thematik noch nicht erkannt. Der Studientag möchte dazu beitragen, dass sich dies ändert. Er möchte für uns selbst und für unsere Kirchen einen Klärungsprozess befördern und konkrete Handlungsmöglichkeiten in verschiedenen kirchlichen Arbeitsfeldern erkunden. Weil auch das OeNB weiß, dass nur „zusammen die Kleinen mächtig“ sind, wie Friedrich Schiller in seinem Drama „Wilhelm Tell“ feststellt, fördert es nach Kräften (und durch Mitgliedschaft) das Oekumenische Netzwerk in Deutschland und lädt deswegen auch alle anderen Oekumenischen Netze zu seinem Studientag ein.

Nähere Auskünfte geben – wie üblich – Koordinator Hans Harald Willberg (HHWillberg@CompuServe.com) und Gudrun Schneeweiß (gudrun@schneeweiss-net.de)

Gudrun Schneeweiß, Oekumenisches Netz Bayern

Untere Dorfstr. 36c, 82269 Geltendorf

► Baden und Württemberg

Auf dem Weg nach Sibiu / Hermannstadt 2007

Gemeinsame Jahrestagung der Oekumenischen Netze Baden und Württemberg

„Freihandelszone Europa verändert die Welt – Und der Beitrag der Oekumene?“ lautete das Thema der Jahresversammlung der beiden Netzwerke Baden und Württemberg in Stuttgart vom 30. Juni bis zum 2. Juli 2006. Als Grundmelodie begleitete dabei die Herausforderung Dietrich Bonhoeffers: „Nur wer für die Armen schreit, darf auch gregorianisch singen.“ Schon die Betrachtung zum Turmbau von Babel konfrontierte mit der Auswirkung von Gewalt und Macht: Gott lässt seiner nicht spotten. Innerweltlicher Machtanspruch ist zum Scheitern verurteilt. „Befreiung“ und „Erfolg“ gibt es nur im Anerkennen von Gottes alleiniger Herrschaft. Der ganze Samstag war der Problematik gewidmet, was der – noch auf Eis gelegte – Verfassungsvertrag der Europäischen Union für die Menschen und in der Welt bedeutet, und wie Christen dieser Herausforderung begegnen könnten. Joachim Lindau (Brot für die Welt) verdeutlichte in seinem Referat drastisch, wie sehr Europa weit über eine „Freihandelszone“ hinaus sich rein am Geldwert orientiertem neoliberalen Wirtschaftsdenken ausliefert und den Menschen als Subjekt des Handelns ausgrenzt. Deswegen sind die Erkenntnisse der nachmittäglichen Arbeitsgruppen – alle Einzelaspekte zusammenfassend und an jeden einzelnen und die Kirchen als Ganzes gerichtet – zwar nicht neu, aber umso dringlicher: Weil Gott alle Menschen liebt, müssen wir aufstehen gegen jede Art von Ungerechtigkeit, und mit lautem Wort und entschiedener Tat das Ziel des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verfolgen. Die Forderungen der Charta Oecumenica weisen dafür auf dem Weg zur Dritten Europäischen Versammlung 2007 in Sibiu/Rumänien die Richtung.

Gudrun Schneeweiß, i. A. des Württembergischen und des Badischen Oekumenischen Netzes

Kontakt: Oekumenisches Netz Württemberg,

J. Moltmann-Hermann, Riedhöfe 2, 88410 Bad Wurzach

Fax: 075 64 / 93 69 85

► Nord- und Ostthessen

Zur Friedensdenkschrift der EKD 2007

Die EKD bereitet zur Zeit eine Friedensdenkschrift vor, die 2007 fertig gestellt werden soll. Nachdem im Jahre 2000 die Friedensdenkschrift der katholischen Bischofs-

konferenz „Gerechter Friede“ in vielen Bereichen Positionen erarbeitet hat, die man sich in der Evangelischen Kirche schon lange gewünscht hat, stellt sich die Frage, an welchen Stellen die zukünftige evangelische Denkschrift weitergehen kann. In einem Brief dazu an Landessynodale schreibt das oekumenische Netz Nord- und Osthessen, dass für die Friedensgruppen wieder ein Thema ganz in den Vordergrund rückt: die Fortdauer der Atomwaffen-Problematik.

„Noch immer lagern auf deutschem Gebiet Atomwaffen, an denen auch deutsche Soldaten ihren Einsatz lernen und deren Abwurf z.B. über der Freien Heide geübt werden soll! (was die Bundesregierung auch gar nicht bestreitet, sondern richtig findet).“ In der EKD-Denkschrift müsse eingegangen werden auf die

„- Weiterarbeit an der Entwicklung neuer Atom- und Massenvernichtungswaffen, auch Forschung an Bio- und Elektrowellenwaffen in deutschen Forschungsinstituten
- Die Militärdoktrinen der Nato, der Bundeswehr und der USA behalten sich den Ersteinsatz dieser Waffen vor. Wirtschaftsinteressen sind wieder ein Kriegsgrund!
- Die Atommächte weigern sich, die im Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT) eingegangene Verpflichtung zur Abrüstung und Abschaffung der Atomwaffen einzuhalten. Hierzu muss die Denkschrift klar und deutlich Stellung beziehen, eigentlich wäre ein gemeinsames oekumenisches Wort der Kirchen - letztlich auf EU-Ebene, in Sibiu - zur Ächtung der Atomwaffen dringend an der Zeit!

Wir wünschen uns vor der Veröffentlichung der Denkschrift eine Phase der breiten Diskussion des Entwurfes, wie es bei der gemeinsamen Evang.-kath. Denkschrift „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland) der Fall war.“

Dem Brief ist ein Beschluss-Vorschlag beigefügt.

Beschlussvorschlag von Synodalen der Landessynode:

„Die Synode der EKD wird gebeten, der Kammer für öffentliche Ordnung, die eine neue Friedensdenkschrift vorbereitet, aufzugeben, die Heidelberger Thesen aufzugreifen, und ihr „noch“ in Bezug auf die Tolerierbarkeit der Atomwaffen für beendet zu erklären. Forschung, Herstellung, Weiterentwicklung sind wie das Drohen mit dem Einsatz und die Anwendung der Atomwaffen zu ächten. Die Übergabe der Denkschrift an die Öffentlichkeit und die Politiker durch Carl Friedrich von Weizsäcker im Rahmen des Kirchentages in Köln ist dafür der angemessene Rahmen. Der Ratsvorsitzende wird gebeten, in Weiterführung seiner Gedenkrede zum 60. Jahrestag des Atombombenabwurfes auf Hiroshima vom 6. August 2005 zu recherchieren, ob die Ächtung der Atomwaffen

gemeinsam mit der Kath. Kirche und allen in der ACK zusammenarbeitenden Kirchen gegenüber der Weltöffentlichkeit bekannt gemacht und in Sibiu der Europäischen Oekumenischen Versammlung als Beschlussvorschlag vorgelegt werden kann.“

Ein Beitrag zur Begründung des Antrags an die EKD-Synode kann bei Michael Held abgerufen werden. Kontakt: Michael Held, Arbeits- und Koordinierungsstelle „Praktische Schritte für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, Simon-Haune-Str. 15 36251 Bad Hersfeld, Tel.: 0 66 21 / 62 01 86 Fax: -6 56 45, A-P-S@gmx.de

► Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD)

Perspektiventwicklung

Das Oekumenische Netz in Deutschland (OeNiD) hat seine Arbeit aufgenommen. Es versteht sich dabei nicht als eigene Organisation bzw. ein eingetragener Verein, sondern als Verbund der oekumenischen Basisorganisationen. Beim letzten Treffen in Kassel hat sich dazu ein SprecherInnenkreis bzw. ein Koordinierungskreis zusammengefunden. Eine Tagung im Oktober in Mannheim - zusammen mit Kairos Europa (se. nächste Meldung) - soll dem Thema Perspektivenentwicklung gewidmet sein.

Der Koordinierungskreis des OeNiD hat beschlossen, dass sich das Netz zusammen mit Kairos Europa und dem OeRK an einem ganztägigen Forum auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 2007 in Köln beteiligt. Dieses soll im Themenfeld „Welt“ zugespitzt auf das Thema Globalisierung stattfinden. Im Fokus steht außerdem die Dritte Europäische Oekumenische Versammlung in Sibiu/Hermannstadt.

Kontakt: Michael Held, Arbeits- und Koordinierungsstelle „Praktische Schritte für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, Simon-Haune-Str.15 36251 Bad Hersfeld, Tel.: 0 66 21 / 62 01 86 Fax: -6 56 45, A-P-S@gmx.de

► Kairos Europa

Wie weiter nach Freising und Porto Alegre? Optionen eines künftigen Engagements für gerechten Frieden

Sowohl die Konsultation der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) zur Halbzeit der Dekade zur Überwindung von Gewalt vom April 2005 in Freising als auch die 9. Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) im

Februar 2006 in Porto Alegre haben sich im Blick auf die Weiterarbeit zu den Themen des konziliaren Prozesses für eine stärker aufeinander bezogene Auseinandersetzung mit der direkten und strukturellen Gewalt ausgesprochen. Um das vielfältige und bisweilen aneinander vorbei laufende oekumenische Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung künftig stärker zu bündeln, wurde einvernehmlich für eine Zusammenführung des Prozesses „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ mit der Dekade zur Überwindung von Gewalt plädiert. Im Rahmen einer Tagung Ende Oktober 2006 soll unter Einbeziehung von Gästen aus Ländern des Südens der Frage nachgegangen werden, wie sich diese Zusammenführung von der oekumenischen Basis in Deutschland inhaltlich wie strategisch am besten auf den Weg bringen lässt und welche konkreten Umsetzungsschritte und Kooperationsbeziehungen sich hierzu anbieten. KAIROS Europa richtet diese Tagung in Kooperation mit dem neu konstituierten Oekumenischen Netz in Deutschland (OeNiD) aus. Dessen „oekumenischer Ratschlag“ schließt sich unmittelbar an die Tagung an (Beginn am Samstag, den 28. Oktober um 20 Uhr, Ende am Sonntag, den 29. Oktober um 12.30 Uhr).

Anmeldungen werden erbeten bis spätestens bis zum 13. September an Kairos Europa, Hegenichstr. 22 69124 Heidelberg, info@kairoseuropa.de Rückfragen an Martin Gück, Tel.: 0 62 21 / 78 11 80 bzw. 71 60 05, gueck@kairoseuropa.de

► Initiative Kirche von unten



Zum EKD-Impuls „Perspektiven für die Evangelische Kirche im 21. Jahrhundert“

Der Rat der EKD hat ein Impulspapier zur Zukunft der Evangelischen Kirche bis 2030 vorgelegt, das trotz seines gewaltigen Umfangs hoffentlich ebenso gewaltige Diskussionen auslösen wird. In zwölf so genannten „Leuchtfarnern“ werden die aus Sicht der EKD herausragendsten Probleme analysiert und zum Teil einschneidende Perspektiven entwickelt.

Das Impulspapier legt dar, dass das Bundesamt für Statistik bis zum Jahr 2030 einen Rückgang der Bevölkerung in Deutschland um gut 6 Prozent erwartet, das heißt um fünf Millionen Menschen. Nach einer eigenen

Prognose der EKD ergibt sich, wenn man den Trend zurückliegender Jahre fort-schreibt, für den Zeitraum bis 2030 als Konsequenz: Die Zahl der Mitglieder der evangelischen Kirche würde dann von 26 Millionen (2003) um ein Drittel auf etwa 17 Millionen (67 Prozent) zurückgehen. Zugleich gibt es dabei eine zunehmende Differenzierung: Für die Evangelische Kirche im Rheinland wird ein Rückgang auf zwei Drittel des heutigen Bestands prognostiziert, also von drei auf zwei Millionen, für die württembergische Landeskirche dagegen ergibt sich eine Prognose, die bei 85 Prozent des heutigen Bestands liegt. Sehr schwer würde es für die kleineren Landeskirchen, denn in Anhalt gäbe es dann statt 55 000 nur noch 31 000 Evangelische, in Lippe statt 198 000 nur noch 139 000 und in Braunschweig statt 416 000 nur noch 293 000. Zusammengefasst heißt die Diagnose: Bei sinkender Mitgliederzahl um etwa ein Drittel geht die finanzielle Leistungsfähigkeit nahezu um die Hälfte zurück. Daraus ergeben sich unter anderem Folgen für die finanzielle Unterstützung der oekumenischen Bewegung.

Die IKvu begrüßt die ehrliche Analyse der Lage, hält aber viele Lösungsvorschläge allenfalls für tastende Versuche. „Wer zum Beispiel erkennt, dass die Kopplung der Kirchensteuer an die Erwerbsarbeit dazu führt, dass nur 30 Prozent der Mitglieder sich überhaupt an der Finanzierung der Kirche durch Steuermittel beteiligen, muss logischerweise auch das Modell der Kirchensteuer selbst auf den Prüfstand stellen“, so Dr. Uwe-Karsten Plisch, Sprecher der IKvu.

Die perspektivische Verringerung der Zahl der Landeskirchen und ihre Anpassung an die territorialen Gegebenheiten der Bundesrepublik ist der größte Wurf des Papiers – der Aufschrei nicht nur lokaler Kirchenführer wird nicht ausbleiben.

An dem Papier fällt jedoch zuerst die der Sache oft unangemessene ökonomisierte Sprache auf – so z. B. wenn die „Tauf- und Trauquote“ (S. 20) erhöht und die „Angebotsorientierung“ (S. 58 ff.) verstärkt werden sollen. Das neoliberale Lieblingsargument des „demographischen Wandels“ (S. 12), hat sich auch in diesem Papier an vorderster Stelle geschlichen – als der steigende Altersdurchschnitt der Gesellschaft per se etwas Negatives. Sodann fällt der freihändige Gebrauch von regelrecht ergoogelten Bibelzitatens an den unpassendsten Stellen ins Auge: Hier wird die protestantische Kernkompetenz schlechthin, das verantwortliche Reden von und Leben aus der Bibel, einer dem Zeitgeist verfallenen Kultur des Zitats geopfert.

Der tückischste Satz des ganzen Papiers findet sich versteckt auf S. 20: „Die Aufgabe, Frieden zu sichern und zu fördern, wird neue Formen annehmen.“ Im inhaltlichen Kontext des Vorworts („Chancen und Herausforderungen“) bedeutet das nichts anderes als die Übernahme der aktualisierten Militärdoktrin: Verteidigung am Hindukus und Sicherung deutscher Interessen durch

Auslandseinsätze – und die Kirche ist immer dabei. „Das traditionelle Versagen der verfassten Kirche in der Friedensfrage wird hier fortgeschrieben – nicht zuletzt mit Rücksicht auf das ebenso tabuisierte wie finanziell einträglich Thema Militärsorge“, so Dr. Plisch.

Die EKD-Erklärung ist zu finden unter:

www.ekd.de/ekd_kirchen/zukunftskongress.html

Kontakt: Dr. Uwe-Karsten Plisch, IKvu-Sprecher

Tel: 0 30 / 61 50 40 79 und 0 30 / 44 67 38 11

forum1@bundes-esg.de, www.ikvu.de

Initiative Kirche von unten (IKvu), Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205, 53111 Bonn

► Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv)



Bonhoeffer und die Oekumene

Bonhoeffers Beitrag zur Oekumene der 30/40er Jahre und die Wirkung seiner Theologie in der oekumenischen Bewegung bis heute wird Gegenstand einer Tagung sein mit Prof. Konrad Raiser, Prof. Wolf Krötke, Prof. Sabine Bobert und Piet Naudé (Südafrika).

Tagung in der Akademie Hofgeismar vom **8. bis 10. September 2006**, Veranstalter ist das Internationale Bonhoeffer Komitee mit dem Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv).

Informationen: Dr. Ruth Gütter, Tel.: 05 61 / 77 60 63

Anmeldungen: Evang. Akademie Hofgeismar

Tel.: 05 67 1 / 8 81 - 0

www.ekkw.de/akademie.hofgeismar/

Kirchenmitgliedschaft ohne Beteiligung am Kirchensteuereinzugsverfahren

Der Initiativkreis „Kirchensteuerreform“ – eine Arbeitsgruppe des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) – hat sich umbenannt. Auf ihrem Juni-Treffen beschlossen die Mitglieder den neuen Namen „Gestalt und Finanzierung von Kirche“. Der Namenswechsel soll deutlich machen, dass es in dieser Arbeitsgruppe keineswegs nur um finanztechnische und organisatorische Fragen geht. Vielmehr stehen theologische und ekklesiologische Überlegungen im Mittelpunkt. Man möchte an die Tradition der Bekennenden Kirche und an das Wirken Dietrich Bonhoeffers anknüpfen. In der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 heißt es: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.“

Der emeritierte Hamburger Hauptpastor und praktische Theologe Prof. Dr. Axel Denecke erläuterte dem Initiativkreis seine Reformvorstellungen. Er berichtete von seinen Erfahrungen an den Hamburger Hauptkirchen. Viele der Menschen, die mit ihren religiösen, kulturellen und menschlichen Anliegen auf ihn zugekommen seien, hätten formell nicht mehr der Kirche angehört. Dennoch habe es sich dabei in der Mehrzahl um getaufte Christen mit hohem religiösen Engagement gehandelt. Es sei ein Fehler, so Denecke, wenn die Kirche diese Menschen abschreibe. Auch die neueste EKD-Umfrage bestätige dies, wenn dort festgestellt wird, dass bis zu 60 Prozent(!) der Nicht-Kirchenmitglieder ihr Kind gern taufen lassen würden, ohne damit die Verpflichtung, in die Kirche (neu oder erneut) einzutreten, zu verbinden. Daher müssen neue Formen einer Kirchenbindung außerhalb der traditionellen Kirchenmitgliedschaft gesucht werden. In diesem Zusammenhang brachte Denecke die Möglichkeit einer basis- und erfahrungsnahen „Gemeindemitgliedschaft“ ins Gespräch. Gespräch. Eine Zeitlang solle die Kirche beide Mitgliedschaftsformen („Kirchenmitgliedschaft“ und „Gemeindemitgliedschaft“) nebeneinander zulassen.

Ansprechpartner des Initiativkreises „Gestalt und

Finanzierung von Kirche“: Dr. Karl Martin,

Modersohnstr. 63, 10245 Berlin, Tel.: 0 30 / 20 05 08 67

dietrich-bonhoeffer-verein@dike.de

<http://dietrich-bonhoeffer-verein.dike.de>

► Pax Christi und Internationaler Versöhnungsbund

Ende der israelischen Militärintervention gefordert

Angesichts der eskalierenden Situation im Nahen Osten appellieren die beiden Nahost-Kommissionen der Deutschen Sektion von Pax Christi und des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes an die Vertreter des so genannten „Nahost-Quartetts“ – USA, EU, UN und Russland – die israelische Regierung zu einem sofortigen Ende des Militäreinsatzes in den besetzten Gebieten zu drängen. Der Palästina-Konflikt stehe vor einer neuen Schleuse der Gewalt. Die beiden Verbände protestieren gegen die vor kurzem angekündigte Lieferung des gepanzerten Dingo-Truppentransportfahrzeuges nach Israel. Dieses von der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen eingesetzte Fahrzeug kann von der israelischen Armee in den besetzten Gebieten eingesetzt werden.

Kontakt: Nahost-Kommission von Pax Christi:

Wiltrud Rösch-Metzler, Burgauer Str. 7

70567 Stuttgart, Tel. 07 11 / 2 62 67 20

Nahost-Kommission des Versöhnungsbundes:

Clemens Ronnefeldt, A.-v.-Humboldt-Weg 8a

85354 Freising, Tel.: 0 81 61 / 54 70 15

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Baden

Oekumenisches Netz Baden

Wolfgang Lenssen, Köndringer Str. 10
D-79331 Teningen-Heimbach
Tel.: 0 76 41 / 57 32 80 (p)
Tel.: 0 76 41 / 4 13 35 (d)

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13
D-90559 Burgthann
Tel.: 0 91 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen

in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Tel./Fax: 0 48 64 / 7 04

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

c/o Pfr. Reiner Weiß
Obere Sommerbachstr. 8
D-34225 Baunatal
Tel.: 0 56 01 / 84 35

Niedersachsen

Oekumenisches Netz in Niedersachsen

Gerhild Kramer, Wellenser Str. 14
D-37586 Dassel, Tel.: 0 55 62 / 67 94

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz

Referat Konziliarer Prozess
Eberhard Dittus
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
D-56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

Rheinhessen

Oekumenisches Forum

Rheinhessischer Aktionsgruppen
Gossner Mission, Albert-Schweitzer-Str. 113-115
D-55128 Mainz
Tel.: 0 61 31 / 23 20 31

Rheinland

Oekumenischer Trägerkreis Rheinland

c/o Wiebke Naumann, Zeughausstr. 7
D-53721 Siegburg
Tel.: 0 22 41 / 6 76 01
Fax: 0 22 41 / 95 97 93

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90
Fax: 0 21 82 / 27 45

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
Tel.: 02 08 / 59 30 23

Oekumenisches Forum im Rheinland

Lohstr. 132, D-46047 Oberhausen

Sachsen-Anhalt

Arbeitsstelle Eine Welt

Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-493
Fax: 03 91 / 53 46-490

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Horst Hoffmann, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-73
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Ostberger Str. 26
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg

Johanna Moltmann-Hermann
Riedhöfe 2, D-88410 Bad Wurzach
Tel./Fax: 0 75 64 / 44 79

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held
Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45

Fördermitgliedschaft bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982 – Erscheint vierteljährlich

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthenner
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthenner, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Jerusalem

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland